

Es gilt das gesprochene Wort

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

zum heutigen Parteitag möchte ich euch recht herzlich begrüßen.

Besonders begrüße ich unsere Oberbürgermeisterin Beate Wilding und unseren Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Remscheid, Hans-Peter Meinecke sowie unseren Sozialdezernenten Burkhard Mast-Weisz.

Selbstverständlich begrüße ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Medien.

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

der heutige Parteitag ist die notwendige Konsequenz der in den vorausgegangenen Monaten erfolgten Diskussionen. Die eingerichtete Arbeitsgruppe Grundsatzprogramm hat sich mit dem Entwurf befasst.

Die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften haben sich in unterschiedlicher Form und Intensität mit dem Grundsatzprogrammmentwurf der Partei beschäftigt.

Im Unterbezirksvorstand wurden die Vorschläge eingebracht.

Heute wollen wir die Anträge diskutieren und verabschieden. Das ist wichtig, werden sie doch eine Bereicherung für das Gesamtwerk der zu verabschiedenden Anträge auf dem Bundesparteitag im Oktober in Hamburg sein.

Willy Brandt hat einmal treffend formuliert:

**„Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“**

## **Genossinnen und Genossen,**

jedes Wort hat heute noch genauso seine Wertigkeit und Bedeutung wie in den 70er Jahren.

Zuletzt haben wir Sozialdemokraten 1989 das Berliner Programm als Leitfaden für die darauf folgenden Jahre auf den Weg gebracht.

Vieles hat sich seit dieser Zeit in unserem Land, in Europa aber auch darüber hinaus verändert:

- In Deutschland leben wir im 17ten Jahr der Wiedervereinigung.
- Europa ist um weitere Mitgliedsstaaten auf fast 27 gewachsen.
- Die Welt ist enger zusammengerückt und neue Märkte haben sich besonders in Fernost entwickelt.
- Nicht zuletzt sind die Zeitabläufe für Arbeitsaufträge, Bestellungen, Produktion und Reaktionen durch die heutigen Medien rund um den Globus auf Bruchteile von Minuten zusammengeschrumpft und dies Tag und Nacht.
- Familien finden heute anders statt als vor 30 Jahren.
- Zunehmend arbeiten Menschen den ganzen Tag und haben trotzdem keine Chance, mit dem Geld der Entlohnung die Lebenshaltungskosten selbständig zu bestreiten.
- Zunehmend stellen wir fest, dass Unternehmen nur einen Grundbetrag von 400 € für den Job zahlen. Den Rest sollen sich die Menschen von den Arbeitsagenturen holen.
- Junge Menschen die einen Ausbildungsplatz wollen, bekommen immer noch keinen oder befinden sich nach der Schule – weil sie nur unzureichend für die Arbeitswelt

vorbereitet wurden – in Warteschleifen.

- Junge Menschen mit Hochschulabschluss jobben in einer Praktikantenstelle nach der anderen, ohne vernünftige Bezahlung und Perspektive.
- Hochqualifizierte Ingenieure haben keine Arbeit, weil sie über 45 Jahre und älter sind.
- Die Menschen in unserem Land werden zum Glück immer älter.

## **Genossinnen und Genossen,**

diese Veränderungen sind gravierend, machen jedoch deutlich, auf was die Menschen insbesondere von uns Sozialdemokraten Antworten haben wollen.

Sehr interessant und für unsere Arbeit wichtig fand ich kürzlich die Ergebnisse einer Umfrage der Zeitschrift "Die Zeit". Ein paar verblüffende Momentaufnahmen:

68 Prozent der Menschen in unserem Land befürworten die Einführung eines Mindestlohns. Ja, sogar zwei Drittel der Unionsanhänger wünschen sich, dass der Staat mehr für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren tun soll.

Das bedeutet, die rotgrüne Bundesregierung hat die richtigen Weichen für die Familienpolitik gestellt.

Die Bundesministerin für Familie, Frau von der Leyen, setzt nur fort, was wir Sozialdemokraten auf den Weg gebracht haben.

Genossinnen und Genossen,

diese Ergebnisse zeigen mir: **Die Mehrheit der Deutschen wollen ein Mehr an Sozialstaatlichkeit.**

Wir als Sozialdemokraten müssen konkrete Antworten auf diese Wünsche finden. Auch im Hinblick auf das Agieren der Linken, die auf die Sehnsüchte der Menschen mit uralten, nicht mehr zeitgemäßen und abenteuerlich zu finanzierenden Programmen antwortet. Aktuell machte das im Bundeshaushalt 150 Mrd. EURO aus, ohne Deckung der Finanzierung.

### **Genossinnen und Genossen,**

die Schlagzeilen über unseren Parteivorsitzenden Kurt Beck dürfen uns nicht von unserem Weg abbringen.

Die Medien haben ihn ins Visier genommen weil er die Partei konsequent auf die Zukunft ausrichtet. Ich teile seine Meinung. Nicht nur zur Frage Benennung des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten.

Es würde etlichen bei uns in der Partei gut tun, wenn sie nicht in jedes Mikrofon quatschen würden. Damit liefern sie nur Vorlagen für die Medien und den politischen Gegner.

Kurt Beck hat Recht, wenn er feststellt:

Auf die gemachten Reformen können wir Sozialdemokraten nicht unbedingt stolz sein. Sie waren notwendig, weil die konservativ - neoliberal geführten Regierungen Kohl in den 16 Jahren zuvor die Zeichen der Zeit verschlafen haben.

Und deshalb haben wir die nötigen Reformen machen müssen, die letztlich auch entscheidend für den heutigen Aufschwung mit verantwortlich zeichnen.

### **Genossinnen und Genossen,**

wir müssen den Menschen deutlich machen, dass Reformen das Ziel haben, das Leben der Menschen zu verbessern.

Im Focus geht es um das Grundrecht jedes Einzelnen:

## **die Teilhabe.**

- Ob an der Arbeitswelt,
- der Bildung von Anfang an,
- bei den Kindern an einem Essen in der Schule,
- der Kultur
- oder an einem würdigen Altwerden.

Darum kommt es jetzt darauf an, dass wir unsere gemeinsamen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf der Höhe der Zeit mit Leben erfüllen, formulieren und in die Tat umsetzen.

Wir müssen alle Menschen in unserem Land dabei auf dem Weg in die Zukunft mitnehmen.

Die veränderten Lebenssituationen erfordern Antworten von uns Sozialdemokraten, die in ihrer über 140jährigen Geschichte den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns gestellt haben.

## **Genossinnen und Genossen,**

heute diskutieren wir den vorsorgenden Sozialstaat im Zusammenhang mit unserem Grundsatzprogramm und dem Zukunftsmodell weiterer Generationen.

Ich sage, wir müssen nicht nur den „Vorsorgenden Sozialstaat“ realisieren.

Für mich gehört der „Fürsorgende Sozialstaat“ nach wie vor dazu.

Nicht jeder Mensch in unserem Land hat schon als Kind das Glück in ein Umfeld hineingeboren zu werden, das gute Startbedingungen bereithält.

Eine sozial gerechte Gesellschaft erfordert daher, neben gleichem Zugang zu Bildung - auch schon im Kindergartenbereich - zu Ausbildung und zu Kultur, natürlich auch mehr Gerechtigkeit in der Verteilung von Einkommen aus Beschäftigung.

Wobei ich sage: Ein geregeltes Einkommen garantiert noch keine Hochschulausbildung. Oftmals reichen Einkommen der Eltern und Bafög nicht für ein Studium aus, weil Studiengebühren, Verwaltungskosten und weitere Kosten, die im Laufe eines Studiums anfallen, eine Chancengleichheit für alle Einkommenschichten ausschließen.

Für mich sind in einem neuen Programm, welches auch als Leitfaden für uns und die Menschen gelten sollte, die folgenden Notwendigkeiten zu berücksichtigen:

Ich stehe für:

- die Erhöhung des BAFÖG;
- den Mindestlohn;
- die Mitbestimmung in den Betrieben und die Stärkung der Arbeitnehmerrechte;
- für eine solidarische Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung - **die Bürgerversicherung ist nach wie vor das sozialdemokratische Ziel;**
- die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung;
- den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz;
- ein gebührenfreies Studium;
- eine Überprüfung, ob die Rente mit 67 die Wirkung zeigt, die wir bei Beschluss als notwendig erachtet haben.

**Genossinnen und Genossen,**

zuerst brauchen alle Menschen eine Arbeit, von der sie selbständig ihren Unterhalt bestreiten können.

Wir brauchen zeitgemäße, kreative Systeme und einen Staat, der vorsorgend und nachsorgend tätig wird.

In NRW erleben wir zurzeit das Gegenteil.

Da wird zwar links geredet aber rechts überholt.

Seit die CDU/FDP-Regierung die Studiengebühren eingeführt hat, sind die Zahlen der Studierenden um mehr als 10% zurückgegangen.

Mit dem neuen „Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“ (kurz KiBiz genannt), welches das sozialdemokratische „Gesetz für Kinder in Tageseinrichtung“ ablöst, bricht die Landesregierung Rüttgers ihr Wort.

Die vereinbarten Inhalte der Konsensgespräche werden nicht berücksichtigt. Engagierte Eltern und Initiativen werden kaum eine Chance haben, die Einrichtungen auch weiterhin zu finanzieren. Die Trägerlandschaft wird dann nur noch aus den starken und großen Trägern bestehen.

Den „Schwarzen Peter“ schiebt die Regierung Rüttgers den Kommunen zu.

Bei den Elternbeiträgen haben wir es doch gerade erst erlebt und ein Ende ist da noch nicht erreicht, wenn das Land einen Elternteil von 19% einfordert.

Von dem Anspruch des Ministerpräsidenten – das letzte Jahr zum Jahr des Kindes in NRW auszurufen - sind wir weiter entfernt als je zuvor.

Wir leisten uns, gemessen an den Ergebnissen – und zwar nicht erst seit PISA – ein Schulsystem, welches sich als zu ineffizient und zu kostspielig darstellt.

Vier konkurrierende Schulsysteme nebeneinander produzieren gerade eine Gesellschaft, die in Schubladen denkt. CDU und Andere haben das immer schon befürwortet – Stichwort: „Ellenbogengesellschaft“.

Die Beschlüsse der NRW SPD vom Bochumer Bildungsparteitag gehen da in die richtige Richtung. Dass die Bildungschancen der Kinder nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen dürfen, machen uns die skandinavischen Länder seit Jahren erfolgreich vor.

### **Genossinnen und Genossen,**

das müssen wir den Menschen im Land sagen.

Und dazu werden wir auch noch weitere Veranstaltungen machen und informieren.

Wir müssen die Menschen darüber aufklären, dass die schwarzgelbe Landesregierung genau das Gegenteil von den Bemühungen der Bundesregierung in Berlin macht.

Das betrifft die Neuregelung des Sparkassengesetzes genauso wie die Nummer mit dem Landespersonalvertretungsgesetz. Oder die Änderung des § 107 der GO NRW, wo es um die Betätigung und Aufgabenfelder der Kommunen geht.

Wer danach ruft – wie im Land NRW – die Kommunen zu stärken, der muss sie auch dort tätig werden lassen, wo es Geld zu verdienen gibt.

Und nicht nach Union- oder FDP-Zielen verfahren: „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“.

### **Genossinnen und Genossen,**

erlaubt mir noch kurz ein paar Worte zur Kommunalpolitik.

Die Situation aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens von !Rödl & Partner! ist niederschmetternd. Selbst wenn wir alle 126 Vorschläge umsetzen, reicht dies nicht aus, um das strukturelle Defizit im städtischen Haushalt abzubauen.

Das bedeutet nicht, dann bleibt alles so wie es ist. Richtig ist, den Haushalt zu konsolidieren. Das geht aber auch nur mit allen Fraktionen im Rat gemeinsam.

Wir müssen es dabei hinbekommen, das unsere Stadt auch weiterhin liebens- uns lebenswert bleibt.

- Dass die gut funktionierenden Netze im Bereich Kinder und Jugend, Schule Bildung und weiteren gesellschaftlich wichtigen Bereichen erhalten bleiben.
- Dass die Organisation der Stadtverwaltung den heutigen Herausforderungen entspricht. Das gilt für das Personal, wobei ich den Weg der betriebsbedingten Kündigung als falsch bezeichnen würde. Da gibt es intelligentere und kreativere Möglichkeiten.

Die bergische Kooperation in den Bereichen der Stadtverwaltungen, die sinnvoll sind, müssen auch weiterhin kreativ beschritten werden. Das ist die einzige Chance des Bergischen Städtedreiecks, in der Konkurrenz der Regionen auch zukünftig zu bestehen.

Das bedeutet nicht, dass wir die eigene Identität aufgeben und von unseren Partnern untergepflügt werden, sondern dass die Aufgaben gerecht verteilt und auf gleicher Augenhöhe die Gespräche und Handlungen stattfinden.

## **Genossinnen und Genossen,**

es ist mir an dieser Stelle ein echtes Bedürfnis, mich bei unserer Oberbürgermeisterin Beate Wilding dafür zu bedanken, dass sie im Rathaus eine Arbeit erledigt, um die ich sie zurzeit nicht beneide.

Beate,

ich finde – und das will ich auch gerne in dieser Runde deutlich sagen – Du machst einen tollen Job!

- Bei der Finanzsituation,
- bei dem Verwaltungsvorstand mit allen seinen Eitelkeiten und
- bei einer Verwaltungsstruktur, die deine Vorgänger nicht zeitgemäß ausgerichtet haben.

Ich wünsche Dir weiterhin Kraft, Ausdauer aber besonders Gesundheit. Setzt deine Gedanken zur Organisation **mit** den Beschäftigten in der Verwaltung um.

Mit Herz, Hand und Verstand, so sind wir in den Wahlkampf gezogen. Das war und bleibt unser Ausgangs- und Umsetzungspunkt

Ich bin mir sicher, jetzt ist der richtige Zeitpunkt die Stadtverwaltung fit für die Zukunft zu machen. Ich bin mir sicher, Du schaffst das.

Hilfe, wenn Du sie brauchst steht dir - zumindest meinerseits - uneingeschränkt zur Verfügung.

Danken möchte ich an dieser Stelle aber auch unserem Fraktionsvorsitzenden im Rat, Hans Peter Meinecke.

Ich glaube, ich kann mit Respekt und Anerkennung behaupten, dass Du dir selbst in den Sommerferien keine Pause gegönnt hast und ständig in Sachen Ratspolitik unterwegs warst.

Personen von anderen Parteien wie CDU und WIR waren da blauäugig, ja wenn nicht verantwortungslos, dilettantisch oder gar grobfahrlässig. Nicht nur bei der Nominierung des neuen Baudezernenten. Nein auch bei der bisherigen Finanzpolitik.

Nicht immer war dir dies auch leicht gefallen und ich glaube, die wenigsten hier im Raum wissen und begreifen erst später, was Du gerade im letzten viertel Jahr geleistet hast.

Dafür herzlichen Dank, bleib gesund und uns noch lange im Rat erhalten. Und: denk in Zukunft auch einmal mehr an dich und deine Familie.

**Genossinnen und Genossen,**

ich wünsche uns nun einen kreativen Parteitag.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!

SPD Remscheid, Glückauf!